

KOMMENTAR

Liebe Leserin, lieber Leser,

ho ho! Denen werden wir es aber mal zeigen! Mutig wirft die Berliner CDU sich in die Bresche: „Auto verbieten verboten!“ Der Schreckensgegner ist die Initiative „Verkehrsentscheid“, und die muss 174.000 Unterschriften sammeln, damit in einem Volksentscheid über ein „Berliner Gesetz für gemeinwohlorientierte Straßennutzung“ abgestimmt werden kann. Die CDU verrät: „Gut organisierte Aktivisten sammeln Unterschriften gegen das Auto, auch mit Geldern aus dem Ausland.“ Seit Februar schon hängen entsprechende CDU-Plakate an den Laternen, als sei der nächste Wahlkampf bereits ausgebrochen. Schneller noch war die AfD („Berlin autofrei? Nicht mit uns.“), Nachzügler ist die FDP, die aber wohl deshalb noch eins draufsetzt: „Autos verbieten? Nein. Wohnungsbau auf dem Tempelhofer Feld? Ja.“

Man muss die konkreten Inhalte der Initiative wirklich nicht teilen, wenn man wie die DKP in ihrem Berliner Wahlprogramm formuliert: Weg vom Individualverkehr. Denn dazu wirkt der präsentierte Vorschlag, praktisch jeglichen privaten Autoverkehr aus der Innenstadt fernzuhalten, viel zu weit entfernt von der Lebenswirklichkeit vieler arbeitender oder gesundheitlich eingeschränkter Menschen; von den Problemen im Berliner ÖPNV ganz zu schweigen.

Sollte die erforderliche Unterschriftenzahl nicht erreicht werden, so mag folgendes für die Initiative ein Trostpflaster sein: Viele müssen das Autofahren jetzt einschränken. Denn die Sprengung der Pipelines Nordstream 1 und 2, der anhaltende Boykott preiswerten Öls aus Russland, der Krieg gegen den Iran – diese Politik hat ihren Preis, z.B. auch an der Tankstelle. Und die Lehre für die Autoparteien? Thematisiert doch einmal die Riesenprofite der Mineralölkonzerne in eurer Propaganda, setzt auf Verhandlungen und nicht auf Sieg im Ukraine-Krieg, distanziert euch entschieden vom Krieg der USA und Israels gegen den Iran! Aber das bringen sie natürlich nicht. Stattdessen dreschen sie lieber auf einen Pappkameraden namens „Berlin autofrei“ ein. So gesehen sind die genannten Parteien auch noch Radfahrerparteien: Nach oben buckeln, nach unten treten.

Jörg Stoll, Landesvorstand DKP Berlin



Es reicht!

Warum die DKP bei der Abgeordnetenhauswahl dieses Jahr antritt

Matthew Read

In Berlin hat sich eine schleichende alltägliche Erschöpfung breitgemacht: das Gefühl, dass man sich immer mehr abrackert und trotzdem immer weniger dafür bekommt. Die Miete zehrt zunehmend am Einkommen. Der Einkaufswagen wird leerer. Die Heizung bleibt im Winter öfter aus. Die S-Bahn kommt wieder mal nicht – oder wenn, dann oft überfüllt. Die Schule der Kinder kämpft mit fehlendem Personal und kaputten Toiletten. Was früher selbstverständlich war, ist heute nur noch ein frommer Wunsch. Und doch dürfen wir uns an diesen neuen Alltag nicht gewöhnen – denn die aktuellen Zustände sind kein unabwendbares Schicksal. Sondern sie sind das Ergebnis einer bewussten politischen Entscheidung, unsere Stadt den Interessen der Konzerne und Banken unterzuordnen. Wohnen, Gesundheit, Bildung und Verkehr sind in Berlin längst zu Waren geworden, damit Monopole wie der Wohnungskonzern Vonovia oder die Helios-Kliniken-Gruppe ihre Gewinnrate weiter steigern können.

Nirgendwo wird dies deutlicher als im Wohnungswesen. Laut einer neuen Stichprobe der Berliner Mietpreisprüfstelle, die über 330 Verträge untersuchte, lagen gerade einmal 6 Prozent der geprüften Mieten im „zulässigen“ Bereich. Bei zwei Dritteln der Verträge überstieg die Miete den Mietspiegel um mehr als 50 Prozent – was juristisch als „Mietwucher“ gilt und unter Strafe steht. Doch zwischen 2015 und 2025 (einem Zeitraum, in dem die Berliner Mieten um rund 70 Prozent gestiegen sind) wurde deswegen genau ein einziger Bußgeldbescheid verhängt. Die Immobilienhaie wissen längst: Es gibt keine Konsequenzen – für sie zumindest. Für Arbeitende und Rentner bedeutet jede Mieterhöhung einen Schritt näher zur Wohnungslosigkeit: Berlin zählte im vergangenen Jahr über 2.200 Zwangsräumungen und rund 54.000 Wohnungslose. Dieser bedrückende Zustand ist kein Versagen des

Marktes – er ist sein Ergebnis. Jahrzehntelang haben die Parteien im Abgeordnetenhaus, von der CDU bis zu „Die Linke“, die Vermarktung von Wohnraum vorangetrieben und den Boden bereitet, auf dem die Konzerne heute ernten.

Es wird immer klarer: Die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbundenen Parteien sind nicht in der Lage, Perspektiven und Lösungen für die Zukunft zu formulieren. Stattdessen schüren sie die Angst vor Russland und Migranten und bieten nur ein Rezept an: Aufrüstung und die Militarisierung der Gesellschaft. Nach dem sie uns drei aufeinander folgende Jahre der Stagnation beschert haben, erklären sie den Übergang zur Kriegswirtschaft zum Heilmittel für alle Übel. Doch diese Rechnung geht nicht auf. Für jeden Steuereuro, der in die Rüstungsindustrie fließt, entstehen weit weniger Arbeitsplätze als etwa im Wohnungsbau, im Nahverkehr oder in der Pflege. Und volkswirtschaftlich gesehen ist Waffenproduktion unproduktiv, denn das produzierte Material hat für die Gesellschaft keinen ökonomischen Nutzen. Doch für den Preis eines einzigen PUMA-Schützenpanzers hätten rund 100 neue Sozialwohnungen gebaut werden können.

Kai Wegner und Franziska Giffey haben sich dennoch das Mantra von „Zeitenwende“ und „Kriegstüchtigkeit“ zu eigen gemacht. Während sie bei Bildung und Kultur den Rotstift ansetzen, wollen sie Berlin zur Rüstungsmetropole umbauen – einem sogenannten „Defence Hub“, in dem Waffenhersteller optimale Produktions- und Entwicklungsbedingungen vorfinden sollen. Zivile Betriebe werden auf Rüstungsproduktion umgestellt, wie etwa der ehemalige Autozulieferer Pierburg im Bezirk Wedding. Und das ist erst der Anfang: Die Bundesregierung hat angekündigt, die jährlichen Militärausgaben bis 2035 auf rund 250.000.000.000 Euro zu steigern. Wo soll dieses Geld herkommen, wenn nicht durch weitere Kürzungen bei den sozialen Ausgaben, bei kulturellen Programmen und in der Bildung?

Es reicht! Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) tritt bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus im September 2026 an, damit dieser fatalen Politik ein Stoppzeichen entgegengehalten wird. Unsere Stadt braucht Geld für Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser und Kultur statt für Panzer, Drohnen und Musterungszentren. Es muss endlich eine Partei im Abgeordnetenhaus geben, die konsequent gegen Wucher und Kriegstreiberei auftritt. Denn nur im Kampf gegen die Militarisierung und gegen die alle Lebensbereiche erfassende Profitorientierung kann der Sozialabbau gestoppt und ein menschenwürdiges Leben für alle Berlinerinnen und Berliner gesichert werden.

Für uns ist klar: Um die lähmende Krise in der Stadt zu überwinden, müssen wir den Griff der Banken, Konzerne und Superreichen auf Berlin brechen. Wie wir das konkret anpacken wollen, legen wir in unserem Wahlprogramm mit sechs thematischen Schwerpunkten dar – nachzulesen auf berlin.dkp.de

Die Kandidatinnen und Kandidaten unserer Partei sind keine Berufspolitiker, sondern Gewerkschafter, Studierende und Rentner aus dieser Stadt – Menschen, die nicht erst seit gestern kämpfen, ob im Betrieb oder auf der Straße, zuletzt in der Bewegung gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Sie wissen, worum es geht. Und sie treten an, weil die arbeitende Bevölkerung endlich eine Stimme im Abgeordnetenhaus braucht, die sich nicht verbiegen lässt.

Damit wir einen starken Wahlkampf führen können, brauchen wir auch dich. Nimm Kontakt mit der DKP-Gruppe in deiner Nähe auf (siehe Seite 4), gib deine Unterschrift ab und werde aktiv. Eine hoffnungsvolle Zukunft kommt nicht von allein. Sie wird gemeinsam von uns erkämpft. Schließt euch also an!

ANZEIGE

UZ Friedenstag
Berlin
Franz-Mehring-Platz 1

28. - 30. AUGUST 2026

Banda Bassotti
Bejarano und Microphone Mafia
Calum Baird
Hartmut König
Tobias Thiele
Gina Pietsch U.V.a.

EINTRITT FREI!
Spenden erwünscht

friedenstage.dkp.de

Berlin im Kapitalismus

Mit Berlin ist es vorbei, schreibt die Süddeutsche Zeitung (SZ) Ende März im Artikel „Die gekippte Stadt“. Die Probleme hat die SZ dabei gut erkannt: Das einzige neue, was zu wachsen scheint, seien Bürobauteile und Armut; auf den Straßen müsse man tagtäglich die Elenden sehen, wenn man an ihnen in überfüllten Bussen und Bahnen vorbeifahre – wenn sie denn führen. Und: Obwohl überall gebaut werde, steigen die Mieten; die Stadt scheine zu verfallenen. So weit – so richtig. Doch beim „Warum?“ tut die SZ sich schwer: Berlin wirke unregiert, als seien die Bürger sich selbst überlassen.

„Unregiert“? – wirklich? Wenn die Mieten steigen, die nächsten Bürotürme Grünflächen ersetzen, Verdichtung von Wohngebieten ohne Rücksicht auf die vorhandene Infrastruktur betrieben wird, Konzertkarten dreistellig kosten und Theater schließen müssen, dann ist klar: Hier regiert der Profit. Doch wie leicht die Bonzen, Spekulanten und Rentiers ihre kurzsichtigen Privatinteressen durchsetzen können, überrascht doch. Die Stadt wird an allen Ecken und Enden zugebaut, aber die Nahversorgung muss dicht machen. Baustellen jedoch, die die Allgemeinheit betreffen, wie auf Straßen oder Bahnhöfen, bleiben hingegen über Monate wie unberührt. Und ob es Rot-Rot-Grün ist oder ein CDU-Mann ist Bürgermeister: Der Unterschied besteht nur darin, dass die einen (folgenlos) Verständnis bekunden, während die anderen gleich zeigen, wie egal die Probleme ihnen sind: Kai Wegner spielte am Tag des Stromausfalls Tennis, sagt darüber die Unwahrheit und begutachtet auf Gutsherrenart die Schwerkranken, die die Nacht in einer Turnhalle nächtigen mussten. Seine Kollegin Iris Spranger (SPD) steht daneben und beruhigt, „alles gut“: Ja, wer solche Volksvertreter hat, braucht gar keinen Putin mehr, um sich zu fürchten.

Mit solchen Volksvertretern wird es keine lebenswerte Stadt geben. Aber denken wir einmal, man überließe die Stadt stattdessen ihren Bewohnern, wir könnten uns wohl einigen, was es braucht: Ein Ende der Mondpreis-Mieten und Wohnungen in öffentlichem Eigentum; einen kostenlosen ÖPNV, der zuverlässig und häufig fährt; Investition statt Kürzung in Bildung und Kultur; eine BSR ausgestattet mit den Mitteln, um die Stadt für alle sauber und schön zu halten; eine planvolle Baupolitik, die sich an den Bedürfnissen ihrer Bewohner ausrichtet, indem sie das Lebensnotwendige und das Lebensbereichernde berücksichtigt.

Um das zu erreichen, hilft die harte Hand, die die SZ forderte, nichts. Was hilft: Sich den Profitinteressen entgegenstellen, wo immer es möglich ist.

Gruppe Treptow-Köpenick

Wo bleiben die Milliarden?

Seit Januar 2024 ist das Stadtbad Schöneberg „Hans Rosenthal“ an der Hauptstraße geschlossen – wegen umfangreicher Sanierungsarbeiten. Noch ärger sieht es in Mariendorf Süd aus: Das Kombibad Ankogelweg ist seit einem Brand im September 2023 außer Betrieb. Seitdem verharrt es im Dornröschenschlaf, die nötige Grundsanierung des 50 Jahre alten Bades hat noch nicht einmal begonnen. Grund unter anderem: Eingeplante Finanzzusagen seitens der Bundesregierung stehen weiterhin aus. Manche machen sich Hoffnungen, dass trotzdem noch in diesem Jahr die Arbeiten losgehen können: Dann wäre mit der Neueröffnung des Bades im Jahr 2030 zu rechnen.

Im 330.000 Einwohner-Bezirk Tempelhof-Schöneberg sind damit gerade einmal zwei Hallenbäder geöffnet: Die Sport- und Lehrschwimmhalle Schöneberg und das Stadtbad Tempelhof. Nur dumm, dass beide Bäder für die allgemeine Öffentlichkeit nur wenige Stunden zugänglich sind. In der Schwimmhalle Schöneberg sind es in der Woche gerade einmal 13 Stunden (davon auch noch 11½ nur mit eingeschränkter Wasserfläche), im Tempelhofer Bad sind es immerhin 19¼ Stunden (davon 8 mit eingeschränkter Fläche). Die restlichen Zeiten und Flächen müssen sich Schulen, Vereine oder Schwimmkurse teilen.

Diese Zustände sind nur der lokale Ausdruck eines bundesweiten Problems. Von 2000 bis 2019

wurden in Deutschland Jahr für Jahr durchschnittlich 70 Bäder geschlossen! Weshalb? Den unterfinanzierten Kommunen fehlte einfach das Geld, die Bäder weiter zu unterhalten und zu betreiben. Die Folge: Inzwischen verlassen mehr als die Hälfte der Kinder die Grundschule, ohne sicher schwimmen zu können, obwohl der Schwimmunterricht doch ein fester Bestandteil des Lehrplans ist. Das Stadtbad Schöneberg als reines Öffentlichkeitsbad soll nun voraussichtlich ab dem dritten Quartal wieder zugänglich sein (geplant war Oktober 2025) – allerdings zu wieder einmal erhöhten Eintrittspreisen, die in Berlin ab dem 5. Mai gelten. Und das Sommerbad Mariendorf Ost ist wie jedes Jahr und wie die meisten Freibäder in Berlin gerade einmal etwas über drei Monate geöffnet. Dass es auch anders ginge, zeigt sich im Kreuzberger Prinzenbad, das jedes Jahr rund fünf Monate offen ist. Deutschland ist derzeit noch die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt. Wieso kommt der erarbeitete Reichtum nicht den Menschen in diesem Land zugute? Geld ist doch da, sollte man meinen, und seien es die hunderte Milliarden Sonderschulden („Sondervermögen“), die der abgewählte alte Bundestag im Februar schnell noch mit Hilfe einer Grundgesetzänderung beschlossen hat. Doch die gigantischen Summen werden für das Militär ausgegeben und das für Investitionen in die Infrastruktur vorgesehene Geld ist nicht dafür vorgesehen, das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen zu verbessern.

Deshalb fragen wir: Wo bleiben die Milliarden für die Investitionen in die Infrastruktur? Mit unserer Tafel am Bauzaun, der das Gelände des Stadtbads Schöneberg umgibt, weisen wir darauf hin, wo das Geld fehlt, das in die Rüstung oder den Verkehrswegebau Richtung Osten fließt: Zum Beispiel bei den Schwimmbädern.

Gruppe Tempelhof-Schöneberg

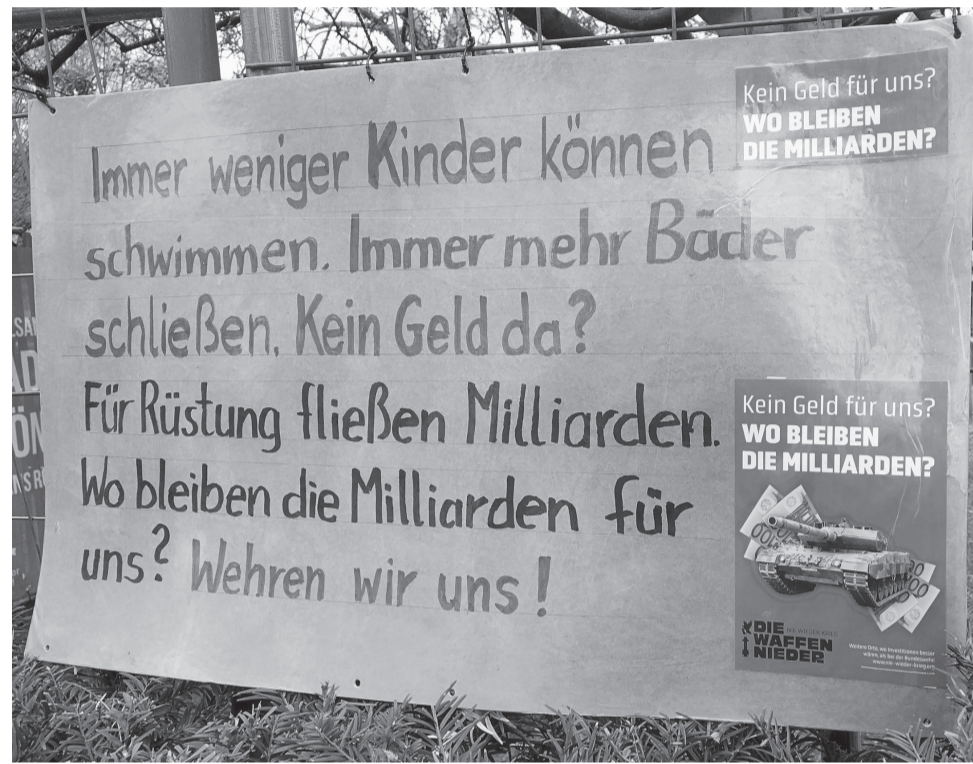


Foto: DKP Berlin

Rettet unser Kiezkrankenhaus!

Wer im Wedding medizinische Hilfe bei alltäglichen Gebrechen braucht, geht ins „Jüdische“. Das Krankenhaus ist ein Teil des Wedding. Die Menschen, die hier leben und arbeiten gehen seit Jahrzehnten hierher, wenn sie Herzprobleme haben oder Hilfe beim Management ihres Blutzuckers brauchen. Hier geht es nicht um die Hochglanzmedizin, sondern um die tägliche Unterstützung. Das Jüdische Krankenhaus blickt auf eine 260-jährige Geschichte zurück. Es hat den Hitlerfaschismus überlebt. 1000 Jüdinnen und Juden hatten sich bis zum Kriegsende im weitläufigen Kellergewölbe versteckt.

Doch nun soll diese Geschichte enden. Jahrelang hatte der Berliner Senat die Gelder für nötige Investitionen zurückgehalten. Jeder, der das Krankenhaus vor der Renovierung kannte, konnte dies sehen. Das Gebäude war veraltet, es fehlte an Räumen für Therapien. Das Krankenhaus versuchte, die

nötigen Renovierungen selbst zu bezahlen. Nun ist es insolvent, dank der Untätigkeit des Berliner Senats und dank der bundesweiten Krankenhausreform, die den wirtschaftlichen Druck auf kleine kommunale Krankenhäuser enorm erhöht und bereits zu einigen Klinikschließungen in Berlin geführt hat. Die geplante Sanierung des Hauses soll nun ausgerechnet auf Kosten der Beschäftigten stattfinden: Personalabbau und Verzicht auf Lohnsteigerungen sind vorgesehen. Die Folge: Immer mehr Fachkräfte verlassen die Einrichtung. Das gefährdet direkt die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Mit dem Wegfall des Jüdischen Krankenhauses würde die ohnehin schon dünne Versorgung im Wedding nach der Schließung des DRK-Krankenhauses weiter geschwächt. Besonders hart träfe es Menschen mit Suchterkrankungen und psychischen Problemen. Für sie fällt eine wichtige Anlaufstelle weg. Hinzu kommt, dass parallel das Budget der Angebo-

te für Suchtkranke und Obdachlose am Leopoldplatz gekürzt wurde. Die Lücke wird immer größer.

Schon jetzt sind private Klinikbetreiber im Gespräch, das Haus zu übernehmen. Das würde die Situation der Beschäftigten weiter verschlechtern, da sie dann dem Profitinteresse der Krankenhauskapitalisten unterworfen wären. Für die Weddingerrinnen und Weddingerrinnen bedeutet es im Notfall längere Wege, überfüllte Rettungsstellen, eine Überlastung der städtischen Krankenhäuser und insgesamt eine schlechtere Versorgung in einem bereits sozial belasteten Bezirk.

Dagegen wehren wir uns! Zeigt Solidarität und unterschreibt den Einwohner*innenantrag zum Erhalt des Krankenhauses. Unser Wahlprogramm ist klar: Keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in Berlin, keine Privatisierung! Wir kämpfen für eine bedarfsgerechte Versorgung für alle in unserem Kiez. Das Jüdische Krankenhaus gehört zum Wedding, und es muss bleiben!

Gruppe Wedding

WEINBRENNEREI
SEIT 1877
E. & M. Leydicke

BERLINER TRADITIONSGASTSTÄTTE

Mansteinstraße 4, 10783 Berlin
Täglich ab 19 Uhr geöffnet.
Wir freuen uns über Ihren Besuch.
www.leydicke.com

INTERNATIONALES TREFFEN

GEGEN KRIEG
SAMSTAG, 20. JUNI 2026, LONDON

Berlin, 30. Mai
14-20 Uhr: Konferenz zur Vorbereitung des Londoner Meetings gegen den Krieg (20. Juni)

Informationen, Aufruf, Statements, Ablauf, Anmeldung etc.:
<https://gegengkrieg-gegensozialenkrieg.info/>

Der Sozialismus

beweist uns, wo man ihn in neuester Zeit Abschaffte, seine **Unentbehrlichkeit.**

Peter Hacks lesen – die Welt verstehen

Bücher, Texte und Veranstaltungen unter www.peter-hacks.de

oben und unten: zwei Couplets aus den Jetztzeit-Gesellschaftsversen von Peter Hacks

Mordor

Zwischen zwei Weltgewässern liegst du da,
Heimstatt **des Terrors**, Mordamerika.

Ausstellung

50. Jahrestag der Eröffnung
Palast der Republik

Donnerstag, 30. April 2026, 18:30 Uhr
bis Freitag, 12. Juni 2026, 18 Uhr

Donnerstag von 13 bis 19 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung (unter 030 / 53 63 55 54) kann die Galerie besichtigt werden. Insbesondere besteht die Möglichkeit sich jeden Donnerstag von 14 bis 19 Uhr mit den Ausstellungsmachern in unserer Gesprächscke auszutauschen.

Torstraße 6, 10119 Berlin
(Nähe Rosa-Luxemburg-Platz)

maigalerie **junge Welt**

Krankenhäuser und Arztpraxen werden auf den Kriegsfall eingestimmt

Schritt für Schritt werden Berliner Krankenhäuser darauf vorbereitet, im Falle eines Krieges eine widerstandsfähige und stabile Gesundheitsversorgung gewährleisten zu können. Mit dem Rahmenplan „Zivile Verteidigung Krankenhäuser“ gehen die Senatsverwaltung Gesundheit, Berliner Krankenhäuser sowie die Berliner Krankenhausgesellschaft konkrete Schritte in diese Richtung. In dem Arbeitspapier geht es um das notwendige Personal, Dienstleistungen und Lieferketten, die aufrecht zu erhalten sind, sowie die Bevorratung von Arznei-, Verband- und Hilfsmitteln. Zudem wird die bevorzugte Behandlung von militärischem Personal im Verhältnis zu Zivilisten thematisiert.

Nicht nur die Krankenhäuser werden auf Kriegskurs gebracht, sondern auch die niedergelassene Ärzteschaft. So betont der Gesundheitsrat gegenüber der Interessenvertretung der Nie-

dergelassenen, der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin, die zentrale Rolle der Niedergelassenen für die medizinische Versorgung der Berliner und fordert die KV gleichsam auf, ihre Ärzte für die zivile Verteidigung und daraus resultierende Aufgaben zu sensibilisieren. Eine klare Haltung zeigt die Delegiertenversammlung der Berliner Ärztekammer: Sie erklärte jüngst, dass die Behandlung von Patienten unabhängig von ihrem militärischen oder zivilen Status zum ärztlichen Selbstverständnis gehört und fordert Berlins Ärzte auf, ihre ethischen Grundsätze offen zu vertreten und für die Erhaltung des Friedens einzutreten.

In Kriegszeiten wird sich die Versorgung von Patienten stark verändern. Individualmedizin wird durch Kriegsmedizin ersetzt: Krankenhäuser versorgen Patienten dann vor allem im Sinne der umgekehrten Triage, das heißt, leichter verletztes militärisches Personal wird vorrangig vor drin-

gend behandlungsbedürftigen Zivilisten versorgt, um die Soldaten schnellstmöglich wieder fit für die Front zu machen. Arztpraxen sollen Krankenhäusern den Rücken freihalten und Patienten am besten gar nicht erst ins Krankenhaus schicken.

Die Gesundheitsversorgung Berlins strachelt bereits jetzt. Krankenhäuser schließen ihre Pforten oder stehen kurz davor. Einige Bezirke sind bereits heute mit niedergelassenen Ärzten kritisch unterversorgt und auf erforderliche Arzttermine warten wir mitunter ziemlich lange. Notwendig sind eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung, die auskömmlich finanziert ist sowie Geld für Gesundheit, Prävention und Pflege, nicht jedoch für die Militarisierung. Unser Gesundheitswesen muss nicht kriegstüchtig, sondern friedensstauglich werden.

Betriebsaktiv Gesundheit

Historische Verpflichtung

Die NATO spielt mit dem Kriegsfeuer. Gegen den erklärten Hauptfeind Russland werden die Rüstungsausgaben auf ungeahnte Höhen geschraubt – und damit auf ein Vielfaches von dem, was der vermeintliche Gegner aufzubringen vermag. Ganz vorne dabei will unser Land sein: „Kriegstüchtig bis 2029“ verkündet „Verteidigungs“minister Pistorius, Deutschland „die stärkste konventionelle Militärmacht in Europa“ ist das Ziel von Kanzler Merz, und jüngst wurde eine „strategische Partnerschaft“ mit der Ukraine beschlossen, samt gemeinsamer Waffenproduktion und ukrainischen Ausbildern für die Bundeswehr. Und wozu das Ganze? „Russland soll ruiniert werden“, wie es die damalige Außenministerin Baerbock in aller Offenheit Anfang 2022 im Bundestag aussprach.

Weil die Menschen in Deutschland und EU-Europa mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Russland vertraut gemacht werden sollen, müssen der Zweite Weltkrieg und seine Vorgeschichte, sein Verlauf, in welchem die Sowjetunion die zentrale Rolle spielte, und auch seine Nachkriegsgeschichte verfälscht oder aus der Erinnerung verdrängt werden. Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion? 27 Millionen sowjetische Tote? Baltische und ukrainische SS-Divisionen? Hunderte mit samt ihren Bewohnern verbrannte Dörfer in Weißrussland? Alles nicht mehr so wichtig oder nie gewesen, folgt man den Journalisten und Historikern, die stattdessen ihrem Dauerauftrag folgen, der Pflege des Feindbildes Russland.

Eine erneute Kampagne im EU-Parlament gibt der Sowjetunion Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und interpretiert den historischen Sieg über den Faschismus in Europa um. Die entscheidenden Leistungen der Roten Armee für diesen Sieg werden relativiert und politisch entwertet. Sowjetische und auch russische Symbole werden gänzlich oder punktuell verboten, wie beim Gedenken an den Sieg über den deutschen Faschismus am 8./9. Mai an sowjetischen Ehrenmalen. Angesichts dieser Entwicklungen sehen wir unsere dringendste Aufgabe in der Verteidigung des Friedens. Deshalb erinnert die DKP an den entscheidenden Beitrag der Sowjetunion und der Roten Armee bei der Niederrichtung des Faschismus und damit für den Frieden.

In diesem Jahr führen wir folgende zentrale Kundgebungen durch:

- am 8. Mai 2026 um 16 Uhr den Tag der Befreiung in Karlshorst am Ort der Kapitulation (Rheinsteiner Ecke Zwieseler Straße)
- am 9. Mai 2026 den Tag des Sieges an den sowjetischen Ehrenmalen in Treptow und Tiergarten
- am 22. Juni 2026 den 85. Jahrestages des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion.

Redaktion

Helden? Helden!

Eine Einladung zu einer Gedenkausstellung im Russischen Haus in der Friedrichstraße beförderte eine in meinem Gedächtnis versteckte Erinnerung ans Licht der Gegenwart! „Man sollte den beiden Sowjetnics ein Denkmal errichten!“, hatte mein Schriftsetzerkollege nach jenem Tag im Jahr 1966 beim Frühstück ins Gespräch geworfen.

Worum ging es? Am 6. April 1966 verlor ein sowjetischer Düsenjäger der Jak-Klasse aufgrund eines plötzlichen technischen Defekts die Kontrolle und geriet in Brand. Das Jagdflugzeug sollte vom Flugzeugwerk Swerdlowsk nach Köthen überführt werden. Am Flugplatz Eberswalde-Finow nach einem Zwischenstopp gestartet, setzten plötzlich beim Überfliegen des Westberliner Ortsteils Westend beide Triebwerke aus!

Die Piloten Hauptmann Boris Kapustin und Oberleutnant Juri Janow hielten die Maschine bis zum letzten Moment in der Luft und lenkten sie weg von den Wohnvierteln in Spandau. Erst als sie sicher waren, dass sie das Flugzeug in Richtung des Stößensees halten konnten, versuchten sie, auf minimale Höhe zu gehen. Sie verzichteten darauf, sich mit dem Schleudersitz zu retten, der Absturz wurde unvermeidlich. Beide fanden den Tod, sie retteten jedoch hunderten Berlinern das Leben. Dass die britischen Besatzungsbehörden in der damaligen Viermächtestadt Berlin dem sowjetischen Bergungskommando keinen Zugang zum Flugzeug gewährten, ist dann nur noch eine übliche Notiz in den Zeiten des Kalten Krieges. Erwähnenswert ist noch, dass Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Westberlin den beiden sowjetischen Piloten in einer öffentlichen Erklärung postum

dankte, dass sie die Maschine nicht über bewohntem Gebiet hatten abstürzen lassen. Auf dem sowjetischen Garnisonsfriedhof Eberswalde ist den Piloten ein gemeinsamer Gedenkstein gewidmet! Die Regierung der Sowjetunion verlieh den Piloten postum den Rotbannerorden der Sowjetunion und stellte sie damit in die Reihen ihrer Helden; und das waren sie gewiss!

Es ist dem Abgeordneten des BSW, Alexander King, zu danken, der mit einer kleinen Gedenkaktion an der Stößenseebrücke zum 60. Jahrestag dieses Ereignisses diese beiden Helden in die Gegenwart holte! Besonders aber auch dem Russischen Haus,

dass den Helden unter dem Titel „Der unendliche Himmel“ (nach einem Gedicht von Robert Roschdestwenski) die Gedenkexposition widmete! Die Gedenktafel an der Stößenseebrücke war im Laufe der Jahrzehnte verwittert und wurde im Februar 2025 durch eine neue ersetzt. Organisiert hatten das Menschen aus der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark in Eberswalde, denen die deutsch-russische Freundschaft am Herzen liegt und die dafür fast 7.000 Euro Spendengelder einsammeln konnten.

Gerald Schwember, Gruppe Spandau

Am 6. April 1966 steuerten die sowjetischen Piloten

Hauptmann

BORIS WLADISLAWOWITSCH KAPUSTIN

und Oberleutnant

JURI NIKOLAJEWITSCH JANOW

ihr defektes Kampfflugzeug in den Stößensee und verloren dabei ihr Leben.

Durch ihren selbstlosen Einsatz vermieden sie eine unabsehbare Katastrophe im nahen Wohngebiet.

Diese Tafel gilt dem Gedenken an das Opfer der sowjetischen Soldaten als ein Zeichen der Menschlichkeit in Zeiten des kalten Krieges.

Foto: Wikimedia Commons

Initiative Russland ist nicht unser Feind

Am 22. Juni vor 85 Jahren überfiel Hitlerdeutschland die Sowjetunion. Erinnern wir uns, denn „wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“

George Santayana

02. Mai 2026

Vom Columbia-Haus bis zum Schulenburgring

2 markante Orte zu Anfang und Ende der NAZI-Herrschaft
Stadtspariergang mit Achim Dillinger
Treffpunkt: Luftbrückendenkmal, Platz der Luftbrücke
Zeit: 14 Uhr

17. Juni 2026

„Zur Hölle mit dem Krieg“

Lieder - Gedichte - Texte mit Jutta Kausch-Henken, Christa Weber und der Kulturgruppe K, Olaf Schäfer (Stimme)
Ort: Cafe Sybille, Karl-Marx - Allee 72, 10243 Berlin
Zeit: 19:30 Uhr

09. Mai 2026

„Das Jahr 1945“ Film von Karl Gas 1985

Ort: Kino Babylon, Eintritt frei
Zeit: 17:30 Uhr

20. Juni 2026

„Russland ist nicht unser Feind“

Kundgebung am Brandenburger Tor 13 Uhr
mit Gedenkweg zum Ehrenmal im Tiergarten

12. Mai 2026

„Krieg dem Kriege“ - zu Orten des Antimilitarismus in der Mitte Berlins

Stadtspariergang mit Stefan
Treffpunkt: vor dem Deutschen Dom (Lustgarten)
Zeit: 17:30 Uhr

21. Juni 2026

„Die Kraniche ziehen“

Film von R. M. Kalatosow 1957 zu 85 Jahre Überfall auf die Sowjetunion
Ort: Kino Babylon Eintritt frei
Zeit: 18 Uhr

mehr dazu unter www.russlandistnichtunserfeind.de

grh

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.
grh-ev.org

Die Mitglieder der GRH reihen sich am Kapf- und Feiertag der Arbeiterklasse ein und streiten gemeinsam mit Gleichgesinnten für

„Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit“

Wir fordern:

- Stoppt die Politik des Krieges nach innen und nach außen;
- Schluss mit deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in den Nahen Osten;
- Schluss mit den völkerrechtswidrigen Kriegen der USA und Israels gegen Palestina, den Libanon und Iran;
- Keine neuen US-Waffensysteme auf deutschem Boden;
- Weg mit den amerikanischen Militärstützpunkten und Atomwaffen auf deutschem Boden;
- Frieden und Freundschaft mit Russland, China und Kuba.

Spendenkonto: Berliner Volksbank IBAN: DE 53 1009 0000 5788 9000 00
10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 • Tel.: (030) 29 78 42 26 • E-Mail: grh-berlin@gmx.de • Internet: www.grh-ev.org • Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstags und 1. Donnerstag im Monat jeweils 9:00 bis 14:00 Uhr

ANZEIGEN

Vor 85. Jahren haben deutsche Truppen die Sowjetunion überfallen. Wir erklären heute:

Russland ist nicht unser Feind!
Mach mit!

Aufruf, Information, Diskussion, Erfahrungsaustausch:
www.russlandistnichtunserfeind.de

Politisch-kulturelle Kundgebung
Sonnabend, 20. Juni
Berlin, Brandenburger Tor
13-15 Uhr

KAZ
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

KAZ AUSGABE 395, mit folgenden Themen: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" und "Ein Jahr Merz Regierung"

Erscheint vierteljährlich:

Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 21 04 46, 90122 Nürnberg
Tel./Fax: 0911/356913
Email: gruppeKAZ@kaz-online.de

www.kaz-online.de



Foto: DKP Berlin

«Wir lassen uns nicht einschüchtern»

Schülerinnen und Schüler auf der Straße gegen die Wehrpflicht

Es ist ein Bild, das Mut macht: Tausende Jugendliche auf der Straße, Transparente in der Hand, Sprechchöre durch die Stadt – laut, entschlossen und mitten in der Schulzeit. Bundesweit wächst eine Bewegung, die zeigt: Die Jugend lässt sich ihre Zukunft nicht nehmen.

Beim ersten Schulstreik am 5. Dezember 2025 legten rund 55.000 Schülerinnen und Schüler in 90 Städten die Hefte nieder – pünktlich zu dem Tag, an dem das Bundeskabinett das sogenannte „Wehrdienstmodernisierungsgesetz“ verabschiedete. Das Gesetz sieht vor, dass alle jungen Männer ab ihrem 18. Geburtstag einen Fragebogen der Bundeswehr erhalten und sich erklären müssen. Wer sich nicht freiwillig meldet, kann im nächsten Schritt einberufen werden – zunächst per Los, später nach anderen Kriterien. Das sind die ersten Schritte in Richtung einer vollständigen Wehrpflicht. Dahinter steckt eine klare Agenda: Deutschland wird auf Krieg vorbereitet. Die Bundesregierung schützt das Feindbild Russland, hält den Krieg in der Ukraine am Laufen und rüstet auf – und braucht dafür Soldaten. Die Jugend soll das Kanonenfutter liefern.

Doch der Widerstand wächst – trotz Einschüchterungsversuchen. Beim zweiten Schulstreik am 5. März 2026 streikten Schülerinnen und Schüler in über 150 Städten, allein in Berlin waren es mehr als 6.000. Auf Transparenten waren Sprüche zu lesen wie „Sterben steht nicht auf dem Stundenplan“ und „Ein kluger Kopf passt unter keinen Stahlhelm“.

Die Reaktion der Behörden ließ nicht lange auf sich warten: In Frankfurt sperrte eine Schulleitung die Türen von innen ab, um die Schülerinnen und Schüler am Verlassen des Gebäudes zu hindern. In München fuhr die Polizei Streikende zurück in die

Schule. In Kassel führte ein Gymnasium eine Attestpflicht eigens für den Streiktag ein. Und in Berlin ermittelt die Polizei gegen einen Schüler wegen des „Verdachts der Verleumdung“ von Bundeskanzler Friedrich Merz – er hatte ein Schild mit der Aufschrift „Merz leck meine Eier“ getragen. Offenbar wird Humor in der „Zeitenwende“ nicht geduldet.

Die Wut der Jugendlichen kommt nicht aus dem Nichts. Während die Bundeswehr auf 460.000 Soldaten und Soldatinnen wachsen soll und das Verteidigungsbudget immer neue Rekordhöhen erreicht, bröckelt der Putz in den Schulgebäuden. Jugendzentren schließen, Lernmittel fehlen, und wer eine Ausbildung macht, verdient im ersten Jahr oft weniger als 1.000 Euro im Monat.

Demgegenüber lockt die Bundeswehr mit Ein-

stiegsgehältern von 2.400 Euro, kostenlosem ÖPNV und Zuschüssen zum Führerschein – der inzwischen bis zu 6.000 Euro kostet. Die Botschaft, die bei vielen Jugendlichen ankommt: Der Staat hat genug Geld übrig, wenn er junge Menschen für den Krieg braucht. „Das Geld ist da, es fließt aber in Rüstung und Krieg statt in unsere Zukunft – holen wir es uns zurück!“, sagte Hannes Kramer von der Initiative „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Ein Satz, der auch auf Berlins Straßen Widerhall findet – in einer Stadt, in der Schulen seit Jahren auf dringend nötige Sanierungen warten.

Die Bewegung geht weiter. Am 18. April trafen sich Aktivistinnen und Aktivisten aus dem ganzen Land in Göttingen zur zweiten Schulstreikkonferenz, um die nächsten Schritte zu organisieren. Der dritte bundesweite Schulstreik ist für den 8. Mai angesetzt – den 81. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Das Datum ist kein Zufall: Es ist eine Botschaft an all jene, die Geschichte vergessen haben.

Diese Jugendlichen verdienen Unterstützung – nicht Attestpflichten und Polizeieinsätze. Deshalb rufen wir alle Berliner Familien auf, am 8. Mai auf die Straße zu gehen. Eltern, die ihre Kinder beim Streiken aktiv unterstützen und sich gemeinsam mit anderen organisieren wollen, finden bei „Eltern gegen Wehrpflicht“ Gleichgesinnte. Denn der Widerstand gegen diese Wehrpflicht ist keine Sache allein der Jugend – er geht uns alle an.

ElterngegenwehrpflichtBerlin@gmx.net

Gruppe Pankow



Foto: DKP Berlin

DKP sammelt Unterschriften für Wahltritt bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus im September

Um überhaupt zur Wahl antreten zu können, müssen alle Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, sogenannte Unterstützungsunterschriften vorlegen. In Berlin müssen das 2000 Stück sein, die beim Wahlamt zur Prüfung einzureichen sind. Unterschreiben kann jeder, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens 16 Jahre alt ist. Und: Sie oder er kann nur bei einer Partei unterschrei-

ben. Wenn man einen Wahlvorschlag unterschreibt, zum Beispiel bei uns, heißt das nicht, dass man die DKP auch wählen muss. Man sorgt mit seiner Unterschrift jedoch dafür, dass die betreffende Partei das Recht bekommt, an der Wahl teilzunehmen.

Wenn Sie wollen, können auch Sie, liebe Leserin und lieber Leser, uns dabei helfen, die Unterschriften zusammenzubekommen. Dafür müssten Sie sich

auf der Webseite der Berliner DKP berlin.dkp.de das Formular herunterladen, es ausdrucken (wichtig: Vorder- und Rückseite auf einem Blatt) und ausfüllen. Bitte alle Vornamen eintragen!

Das ausgefüllte Formular dann bitte in einen Umschlag stecken und eine 95-Cent-Briefmarke spendieren und an DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin schicken. Recht herzlichen Dank!

Auf unserer Webseite finden Sie auch unser Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl mit dem Titel: Es reicht! Geld für Berlin und seine Menschen statt Waffen für den Krieg!

DKP BERLIN GRUPPENTERMINE

BETRIEBGRUPPE BAHN

Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat
Beginn: 17.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551
Kontakt: info-bgbahn-berlin@dkp.de

BETRIEBSAKTIV GESUNDHEIT

Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

FRIEDRICHSHAIN/KREUZBERG

Termin: Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Cafe Commune, Reichenberger Straße 157, 10999 Berlin
Kontakt: fhkb@dkp.berlin

LICHTENBERG/MARZAHN-HELLERSDORF

Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

NEUKÖLLN

Termin: Jeden 1. Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

PANKOW

Termin: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 19:00 Uhr
Kontakt: dkp-pankow@berlin.de

SPANDAU

Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Lynarstr. 9, 13585 Berlin
Kontakt: dkp-spandau@gmx.de

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783 Berlin

TREPTOW-KÖPENICK

Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

WEDDING

Termin: Jeden 2. und 4. Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff, Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin
Kontakt: info@dkp-wedding.de

DIESES PROJEKT WIRD ÜBER SPENDEN FINANZIERT:

Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das Konto der DKP Berlin:

Berliner Sparkasse
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
BIC: BELA DEBE
VwZ: Anstoß

Der *Berliner Anstoß* erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Redaktion: Jörg Stoll (V.i.S.d.P.), Samuel Vetter, Laurentiu Dragota

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin

Öffnungszeiten: Freitag, 15:00 bis 18:00 Uhr

Telefonnummer: 030 29783132

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 20 000 im Raum Berlin

Druck: Union Druckerei
Berlin Verwaltung GmbH

DKP Berlin auf Social Media:



Mail: anstoss@dkp.berlin
www.berlin.dkp.de